„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Britische „Ideale" und Fremdgeborene

Dem Chor von fremdenfeindlichen Stimmen, welche im letzten Wahlkampf aus den Tornhochburgen Ontarios durch Canada erschallten, schloß sich bekanntlich auch der anglikanische Bischof von London, Right Rev. A. F. Winnington-Ingram, an, der in einer berüchtigten Rede in der Convocation Hall zu Toronto vor angeblichen Gefahren für das britische Reich warnte und nach einer höflichen Verbeugung vor der Reichsloyalität der Französisch-Canadier ausrief:

„Aber können wir die nämliche Loyalität gegenüber den britischen Idealen von jenen Galiziern, Polen und Gott weiß welchen erwarten, die den Westen bevölkern? Können wir erwarten, daß jene, die kein Wort Englisch verstehen, denselben Eifer für das britische Reich haben?"

„Der Courier" als der berufene Vertreter der Interessen der Fremdgeborenen und namentlich der Deutschen in Canada hat daraufhin in seiner Nummer 42 vom 25. August dem anglikanischen Bischof eine Erwiderung zuteil werden lassen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Wir standen mit unserem Protest nicht allein; sogar die in London, England, erscheinende führende Zeitung „Westminster Gazette" las dem auf einer Weltreise begriffenen Bischof die Leviten und brachte ganz unverhohlen ihr Mißfallen über die unbritische Art und Weise seines Auftretens zum Ausdruck. Die „Westminster Gazette" stellte fest, daß der vielsprachige Charakter des britischen Reiches ein besonders rühmenswerter Vorzug sei, und daß es als eine zivilisatorische Mission zu gelten habe, die englischen Ideale der Duldsamkeit und Freiheit Millionen von Menschen jedes Klimas und jeder Sprache zu vermitteln.

Die Antwort des Würdenträgers der anglikanischen Kirche fiel so lendenlahm wie möglich aus. **Er stellte die ihm in den Mund gelegte Aeußerung nicht in Abrede, er leistete keinen Widerruf,** sondern beschränkte sich darauf, den „Foreigners" einige freundliche Worte zu sagen und im übrigen die angebliche Notwendigkeit einer stärkeren britischen Einwanderung nach Canada kräftig zu unterstreichen. Dieses Zurückfusen des Londoner Bischofs kann uns natürlich in keiner Weise befriedigen, zumal wir auch mit seiner Auffassung über „Empire Settlement" absolut nicht übereinstimmen. Wir gehen dabei von **einem strikt canadischen Standpunkt** aus, da uns die canadischen Interessen himmelweit höher stehen als die Interessen der englischen Staatskirche oder als die Fürsorge für die arbeitslosen Elemente der britischen Großstädte. Der Westen braucht Männer, welche nicht durch Arbeitslosenunterstützung verwöhnt sind, sondern mit eiserner Energie und mit zäher Ausdauer an den weiteren Aufbau und Ausbau unseres canadischen Landes herangehen. **Nüchterne wirtschaftliche Erwägungen dürfen bei Auswahl der Einwanderer allein ausschlaggebend sein.** Im übrigen aber muß Canada für alle körperlich und geistig gesunden Menschen seine Tore weit offen halten. Alle Phantasien von britischer Reichssiedlung, von Blutsgemeinschaft der Angelsachsen usw. können uns in der Einwanderungspolitik ebensowenig wie alle anderen Rassen- und Nationalitätsfragen interessieren. **Jede Einmischung der Londoner Herrschaften in unsere canadischen Angelegenheiten muß auch in Punkto Einwanderung entschieden zurückgewiesen werden.**

Die ganze Affäre erhielt dadurch noch eine besondere Note, daß einige Männer verschiedenen Glaubens und verschiedener Sprache sich in Regina zusammentaten und eine Petition an den Stadtrat richteten, worin auf den Besuch des anglikanischen Bischofs in der Hauptstadt von Saskatchewan hingewiesen und die Zurücknahme seiner für die Fremdgeborenen beleidigenden Aeußerungen gefordert wurde, bevor ihm ein städtisches Versammlungslokal für eine öffentliche Rede zur Verfügung gestellt werde. Der Stadtrat ging auf diese Petition nicht näher ein. Eine gegnerische Denkschrift lief ein, deren Unterzeichner sich zwar auch „Fremdgeborene" nannten, deren Urheber aber in Dunkel gehüllt ist, weil er anscheinend befürchtet, sich in den Augen aller rechtlich denkenden Menschen ein geistiges Armutszeugnis ausstellen zu können.

„The Morning Leader" von Regina sah sich nun in seiner Nummer vom 25. September veranlaßt, **den Fremdgeborenen durch einen Editorialartikel in den Rücken zu fallen,** indem er die erstgenannte Petition gegen den Bischof von London verurteilte und uns eine Vorlesung über britische „Redefreiheit" hielt. **Wie kann ein Mann Anspruch auf diese Redefreiheit erheben, wenn er selbst ein angeblich britisches Prinzip, das der Duldsamkeit, in bedenklicher Weise verletzt, wenn er als Nichtcanadier auf einer Reise durch unsere Dominion canadische Bürger in gröblicher Art beleidigt?** Das Recht auf britisches „fair play" kann nur der für sich erwarten, der selbst den angeblich britischen Idealen in jeder Beziehung gerecht wird.

Wir möchten die Angelegenheit nicht schließen, ohne unsere deutschen Freunde in ganz Canada dazu aufzumuntern, auch in Zukunft mit aller Kraft für die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Freiheit einzutreten und jeden Angriff entschlossen zurückzuweisen. Das sind wir unserer Ehre und dem Ansehen Canadas als eines freien Landes schuldig.

Die Forderungen der nationalen Minderheiten

Wie im „Courier" schon mitgeteilt wurde, fand kürzlich in Genf in der Schweiz ein Kongreß der nationalen Minderheiten statt, der auch für uns Deutsche in Canada von einigem Interesse sein dürfte, obzwar auf der Genfer Tagung nur die europäischen Minoritäten vertreten waren. Besondere Beachtung verdienen die vom Kongreß angenommenen Forderungen, die nach unseren Begriffen ziemlich weitgehender Natur sind. Sollte es jedoch gelingen, das Minderheitenrecht auf internationaler Grundlage weiter auszubauen, so würden daraus gewiß auch heilsame Wirkungen für die Minoritäten außereuropäischer Länder entstehen.

Folgende Beschlüsse wurden in Genf hinsichtlich der **Sprachenfrage gefaßt:**

„Der Staat hat lediglich den Gebrauch der Sprache im Staatsbetriebe und im Verkehr zwischen staatlichen Organen und Bürgern zu regeln.

„Für den privaten und öffentlichen Verkehr kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Art der Staatsbürger untereinander ist diesen die Wahl der von ihnen zu benützenden Sprache uneingeschränkt freizugeben.

„Jede Nationalität im Staate hat ein Recht auf Schulen in der eigenen Sprache als Unterrichtsoder Prüfungssprache. Allen Staatsbürgern muß die Möglichkeit der Erlernung der Staatssprache in ihren Schulen gewährt werden.

„Jede Nationalität hat ein Recht auf den Gebrauch der eigenen Sprache auf religiösem Gebiete.

„Die Führung und Schreibung der Namen (Vornamen und Familiennamen) stellen ein Personalrecht der Bürger dar, in das jeder Eingriff des Staates unzulässig ist.

„Wo in einzelnen Gebieten eine Nationalität geschlossen siedelt, tritt an die Stelle der Staatssprache die Sprache dieser Nationalität.

„In den Zentralinstitutionen des Staates müssen schriftliche Eingaben in den Verkehrssprachen des Staates entgegengenommen und beantwortet werden. Die Möglichkeit des mündlichen Verkehrs in diesen muß dort gewährleistet werden.

„In den staatlichen Institutionen der einzelnen Gebiete und in den Selbstverwaltungskörpern müssen im mündlichen und schriftlichen Verkehr die Verkehrssprachen des betreffenden Gebietes zugelassen werden.

„Grundsätzlich ist die Verhandlungssprache von dem Gesichtspunkte möglichster Erleichterung der Rechtsfindung zu bestimmen. Richter und Beamte haben von allen ihnen zur Verfügung stehenden Sprachkenntnissen Gebrauch zu machen.

„Bei Festlegung administrativer Grenzen muß die sprachliche Zusammensetzung der Bevölkerung berücksichtigt werden."

Weitere Forderungen beziehen sich auf das **Wahlrecht:**

„Der Kongreß verlangt die Anwendung von Wahlmethoden, nach denen die nationalen Minderheiten in den parlamentarischen und Selbstverwaltungs-Körperschaften genau entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Gesamtbevölkerung des Staates vertreten sind.

„Künstliche Wahlkreisgeometrie, Begünstigung der Majorität und alle sonstigen Bestimmungen und Maßnahmen des Wahlgesetzes, beziehungsweise bei der Ausübung des Wahlrechtes, die auf die Beeinträchtigung der nationalen Minderheiten abzielen, stehen im Widerspruch mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung.

„Es liegt im Interesse der Staaten selbst und einer reibungslosen, verantwortlichen und produktiven Mitarbeit der nationalen Minderheiten an den Aufgaben des Staates, daß möglichst jeder nationalen Minderheit eine Vertretung im Parlament und den Selbstverwaltungs-Körperschaften möglich gemacht wird. Insbesondere sind Aenderungen des Wahlgesetzes, die dazu führen, daß nationale Minderheiten ihre parlamentarische Vertretung verlieren, unbedingt zu vermeiden."

Weltumschau

Deutschland.

Das berüchtigte Pariser Hetzblatt „Avenir" erzählt seinen Lesern, daß die deutsche Regierung in der Eifel eine Talsperre und eine elektrische Kraftzentrale baue, deren Leistungsfähigkeit auf 800,000 Pferdekräfte bezw. 600,000 Kilowatt verstärkt werden könne. Das sei für Frankreich „eine fürchterliche Gefahr". Das phantasiebegabte Blatt berichtet ferner, daß Deutschland im Begriff sei, eine neue elektrische Kanone (!) zu bauen, deren Reichweite 240 Kilometer sei. Paris, London und andere Hauptstädte seien dadurch insbesondere bedroht. Geschosse von 6 Tonnen Gewicht würden von dieser Kriegsmaschine benutzt. „Deutschland will seine Revanche. Werden wir sie ihm gestatten?" (Und solchen Blödsinn lassen sich die Pariser unbesehen auftischen.)

Die deutsche Botschaft in Washington ist angewiesen worden, dem Präsidenten Coolidge und der Regierung der Ver. Staaten das tiefgefühlteste Beileid des Präsidenten von Hindenburg und der deutschen Regierung anläßlich der Sturmkatastrophe in Florida auszudrücken.

Nach Mergentheim, Württemberg, sind Hunderte von Offizieren gekommen, um ihren früheren Befehlshaber, Feldmarschall von Hindenburg, zu begrüßen, der zur Besichtigung der Herbstmanöver der Reichswehr hier eingetroffen ist. Die heurigen Manöver sind die größten, welche seit der Gründung der Republik abgehalten worden sind. Etwa 25,000 Mann, der vierte Teil der ganzen Reichswehr, nehmen an diesen Feldübungen teil. Außer den Reichswehrtruppen aus Württemberg und Baden sind Abteilungen aus Preußen und Bayern herangezogen worden. Unter den militärischen Beobachtern ausländischer Mächte befindet sich Oberst Conger, der Militär-Attache der Ver. Staaten. Zwölf andere Mächte haben gleichfalls Beobachter zu diesen Manövern entsandt.

Die Typhusepidemie beginnt sich über ganz Preußen auszubreiten. Im Westen und nun auch im Osten des Landes taucht sie auf und setzt sich fest. Die Entstehungsursache ist überall die gleiche: Verseuchung des Trinkwassers durch die Ueberschwemmungen. Die Zahl der in Hannover gemeldeten Erkrankungsfälle ist auf 1414 gestiegen. Vierzig Personen sind gestorben. In den Hospitälern Duisburgs liegen 100 Typhuskranke, 60 sind in Halberstadt, 32 in Gröningen, Regierungsbezirk Magdeburg. Nun kommt die Meldung vom Ausbruch der Krankheit in Christburg, im westpreußischen Regierungsbezirk Marienwerder.

Prinz Eitel Friedrich, der zweite Sohn des früheren Kaisers, wurde von seiner Gattin Sophie Charlotte, der früheren Herzogin von Oldenburg, auf Ehescheidung verklagt. Sie gibt als Grund Unverträglichkeit an und erklärt, daß sie dadurch „seelisch leide". Eitel ist 43 und seine Gattin 47 Jahre alt. Sie vermählten sich am 27. Febr. 1906 in Berlin und haben keine Kinder.

Ungarn.

Das Projekt eines die Donau mit der Theiß verbindenden Kanals, mit dem sich die ungarischen Regierungen schon seit den Zeiten von Mathias Corvinus beschäftigten, ist jetzt in ein Stadium getreten, das, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, eine Verwirklichung des Planes in absehbarer Zeit für möglich erscheinen läßt. Eine der bedeutendsten Kapitalgruppen, die auch mit der Durchführung des Rhein-Donau-Main-Kanals betraut ist, und die das Netz dieser Wasserwege noch zu erweitern trachtet, bekundet für das Donau-Theiß-Kanalprojekt Interesse und ist mit maßgebenden Persönlichkeiten in Ungarn in Unterhandlung getreten. Die Bedeutung des Donau-Theiß-Kanalplanes läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Vom Standpunkt des Verkehrs würde dieser Wasserweg neue Güterbewegungen hervorrufen, die Frachtraten verbilligen und das Donau-Theiß-Gebiet den westlichen und nördlichen Verbrauchsgebieten näherbringen, die für die nächste Periode der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion von entscheidender Bedeutung werden dürften. Vom Standpunkte der Landwirtschaft würden nahezu 150,000 Acker Landes bewässert und mehr denn 150,000 Acker trockengelegt werden können, was die landwirtschaftliche Kultur heben und den Uebergang zur intensiven Bewirtschaftung des Bodens erleichtern würde. Ein großer Vorteil der Durchführung des Projektes wäre die Ermöglichung der Produktion von hydro-elektrischer Energie, die zu den verschiedensten Zwecken, wie zum Betriebe landwirtschaftlicher Kleinbahnen usw., verwendet werden könnte. Das auf 200 Millionen Goldkronen (rund 50 Millionen Dollar) veranschlagte Baukapital würde fünf Jahre hindurch 200,000 Arbeitern und anderen Tausenden von Beamten Beschäftigung und Erwerb bieten, deren Einkommen in tausend Kanäle des Verkehrs eindringen, dem Staate ansehnliche Einnahmen zuführen, einen großen Teil der Arbeitslosigkeit beseitigen und der Rekonstruktion des Landes bedeutende Möglichkeiten darbieten würden.

Holland.

Truppen des 12. Regiments, das sich aus Reservisten zusammensetzt, die für die jährliche Uebung eingezogen wurden, meuterten in Assen, zertrümmerten die Fenster ihrer Baracken und zerstörten die Kantine. Ein Unteroffizier wurde durch einen Schuß getötet und mehrere Männer erlitten Verletzungen. Das Regiment wird in den Baracken festgehalten, und eine Untersuchung ist eingeleitet worden. Der Aufstand soll ausgebrochen sein, weil den von einem zu heißem Wetter unternommenen Uebungsmarsch zurückkehrenden Truppen Bier in größeren Quantitäten als den festgesetzten Rationen verweigert wurde. Die gegen die Meuterer einschreitende Wache schoß zuerst in die Luft, wodurch die Leute nur noch mehr erbittert wurden und die Internationale zu singen begannen. Hierauf wurde auf die Aufrührer eine Salve abgefeuert, wobei eine Anzahl Gemeiner verletzt und ein an dem Aufstand unbeteiligter Unteroffizier erschossen wurde.

Frankreich.

Das vorgesehene herzliche Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland, wie es dem kürzlichen Meinungsaustausch zwischen den Außenministern Briand und Dr. Stresemann entwächst, stand in einer Kabinettssitzung zur Besprechung. Halbamtlich wurde nach Schluß die Sitzung erklärt, keinerlei Andeutungen von etwaigen Unstimmigkeiten lägen vor. In gutinformierten Kreisen wurde indes später erklärt, Marin und Barthou hätten der Befürchtung Ausdruck gegeben, die Möglichkeit liege vor, daß ein zu großmütiges Angebot gemacht werden könnte, ohne daß im voraus Garantien für hinreichende Gegenleistungen gegeben worden wären. Weiter wird gesagt, Premier Poincare begegne der ganzen Angelegenheit ziemlich skeptisch, sei aber geneigt, seinem Auslandminister Briand freie Hand zu lassen. Briand soll seinerseits ob dieser Einwände die Kabinettsmitglieder darauf hingewiesen haben, daß Frankreich soweit zu nichts verpflichtet sei und daß die ganze Angelegenheit sich noch in einem vorläufigen Stadium befände und in diesem verbleiben werde, bis Auslandminister Stresemann mit seiner Regierung in Berlin Rücksprache genommen habe. „Ich habe meiner Regierung vollständige Freiheit des Handelns gelassen," erklärte Briand, „und diese ist, in günstigem Sinne ausgenutzt worden."

Belgien.

Belgien wird „trocken" gemacht werden, wie Außenminister Vandervelde einer Delegation von Kaffeehausbesitzern erklärte. Der Minister, der für das jetzige Gesetz, durch das der Verkauf alkoholhaltiger Getränke in Cafes und Restaurants verboten wird, verantwortlich ist, sagte, er beabsichtige, eine Vorlage einzureichen, nach der der Verkauf von Alkohol unter irgendwelchen Umständen, mit Ausnahme für Industriezwecke, verboten werden soll.

Jugoslavien.

Die Raditsch-Partei hat dem Präsidium der Skupstchtina die Forderung unterbreitet, den Forst- und Bergbauminister Dr. Nikitsch wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt unter Anklage zu stellen. Dr. Nikitsch wird unter anderem vorgeworfen, daß er seinen politischen Freunden gute Anstellungen in seinem Ministerium verschafft habe. Diese Beamten arbeiten aber nichts und beziehen ihre Gehälter umsonst. Dr. Nikitsch gehörte früher der Raditsch-Partei an, wurde aber aus derselben vor einigen Monaten ausgeschlossen, als er, trotzdem die Partei ihre Mitglieder aus der Regierung abberufen hatte, in derselben verblieb.

Rumänien.

Aus Klausenburg, Rumänien, wird gemeldet: Wie ein Wiedererwachen der Räuberromantik und der Bethnarenwelt muten die Berichte an, die seit einiger Zeit über das Treiben einer militärisch disziplinierten und organisierten Räuberbande auf den Landstraßen in der Gegend von Marmaroßziget einlaufen. Der Führer der Bande, Haralamb, überbietet sich in originellen Einfällen, mit denen er seine Raubzüge arrangiert. In der Regel präsentiert er sich seinen Opfern als Kommandant einer Gendarmeriepatrouille, und, wie die Fama berichtet, verteilt er jedesmal einen großen Teil seiner Beute unter die arme Landbevölkerung, die natürlich für ihn schwärmt. Alle Versuche der rumänischen Sicherheitsbehörden, die Bande zu überwältigen, haben sich bisher als vergeblich erwiesen.

Rußland.

Wladimir Kujbischew, Nachfolger von Dscherschinski als Haupt des Obersten Wirtschaftsrates, warnte alle russischen Trusts, Syndikate und sonstigen Industrien, daß die Maschinenausrüstung des Landes sich ihrer Erschöpfung nähere, worin eine schwere Gefahr für die nationale Volkswirtschaft liege. Darauf bestehend, daß infolge des Ausbleibens neuer Maschinen vom Ausland drastische Maßnahmen zur Erhaltung der gegenwärtigen halbzerfallenen Ausrüstung getroffen werden müssen, erklärte er, daß die stetig steigenden Produktionskosten mit größter Energie bekämpft werden müssen. „Dieses Anwachsen der Produktion," fuhr er fort, „ist hauptsächlich auf die unvernünftige Leitung der rationalen Volkswirtschaft, einen Rückgang in der Arbeiterdisziplin, einen Mangel an angemessener Organisation auf dem ganzen Gebiete der Industrie, und die schwächliche Durchführung der Sparsamkeitskampagne zurückzuführen." Die Regierung fordert eine weitaus radikalere Herabsetzung der Produktionskosten und Verwaltungsauslagen, als bislang erzielt wurde. „Wir müssen einen rücksichtslosen Kampf gegen Faulheit, Gleichgültigkeit und lare Leitung führen und wir müssen die Qualifikationen unserer Arbeiter und unserer technischen Stäbe heben," erklärte Kujbischew.

Großbritannien.

Premier Baldwin hat den Bergleuten Regierungsunterstützung zugesichert, um den Standpunkt, für den sie kämpfen, aufrecht zu erhalten, wenn die Streikenden nur die wirtschaftlichen Tatsachen zugeben und die Arbeit wieder aufnehmen würden. Des Premiers Anerbieten, enthalten in einem Schreiben an Generalsekretär Cook vom Verbande der Kohlengräber, wurde zum Schlusse einer langen Konferenz zwischen Baldwin und Vertretern der Zechenbesitzer und der Arbeiter in Downing Street aufgesetzt. Das Anerbieten wird als Weg zu friedlichem Ausgleich des Kohlengräberstreiks betrachtet. Premier Baldwin hat durch das Schreiben an Sekretär Cook die Grubenleute benachrichtigt, daß seine Bemühungen, die Zechenbesitzer zur Beteiligung an einer Konferenz über eine landweite Abmachung betreffs Löhne und Arbeitszeit zu bewegen, gescheitert seien. Indessen seien die Grubenbesitzer im ganzen Lande willens, den Grundsatz für eine solche nationale Abmachung anzuerkennen. Aus diesem Grunde richte der Premier einen Appell an die Grubenleute, unter provisorischen Distrikts-Abmachungen zur Arbeit zurückzukehren, während die Regierung eine Gesetzgebung vorbereiten würde, um ein nationales Appellations-Tribunal zu beschaffen. Generalsekretär Cook sagte auf einer Versammlung der Kohlengräber in Greenwich, die Aussichten auf eine Beilegung des Streiks seien nicht ermutigend. Erst müßten die Zechenbesitzer ihre Bedingungen wesentlich ändern, und wenn keine landweite Abmachung für Verhandlungen und Ausgleich zustande kommen sollte, würde eine Verständigung noch in weiter Ferne sein.

Norman Leslie Dereham von South End, England, beendigte die Durchschwimmung des Aermelkanal von Kap Gris Nez, Frankreich, aus. Er durchschwamm die Strecke in 13 Stunden 56 Minuten. Der Rekord für die Durchschwimmung wurde am 10. September von dem Pariser Bäcker George Michel mit 11 Stunden 5 Minuten aufgestellt. Dereham gewinnt mit seiner Leistung den von der Zeitung „News of the World" ausgeschriebenen Preis von 85000 für den aus England gebürtigen Schwimmer, der Gertrude Ederles Zeit von 14 Stunden 31 Minuten überbieten würde.

Spanien.

Reisende, die von Madrid in Frankreich ankamen, berichten, daß in der spanischen Hauptstadt das Gerücht verbreitet sei, daß die Stellung der Regierung Primo De Riveras infolge der harten Bestrafung jener Artillerieoffiziere, die an dem kürzlichen Aufstand beteiligt waren, geschwächt wurde. Armeeingenieure und Offiziere des Sanitätskorps sollen gegen das Vorgehen der Regierung in dieser Angelegenheit protestiert und die Aerzte sollen gedroht haben, die Militärschulen zu verlassen. Auch wird behauptet, daß sich unter den Soldaten eine unruhige Stimmung bemerkbar machte, weshalb einige Regimenter der Madrider Garnison in den Kasernen unter starker Bewachung interniert wurden. In einigen Kreisen der spanischen Hauptstadt soll man den Rücktritt Primo De Riveras für bevorstehend halten und glauben, daß der Vizepremier General Martinez Anido zu seinem Nachfolger ernannt werden wird. Von London wird gemeldet, daß nach einer dem „Daily Express" von ihrem Spezialberichterstatter zugegangenen Nachricht die Meuterei in der spanischen Armee fortdauere und derart um sich greife, daß ein neuer Aufstand bald erwartet werde. In dieser Meldung wird erzählt, daß bei dem letzten Ausbruch Artillerieoffiziere den König auf dessen Fahrt in einem Kraftwagen von San Sebastian nach Madrid überrumpelten und ihm das Versprechen abnahmen, sie zu unterstützen. Als aber der König in Madrid ankam, soll General Primo De Rivera gedroht haben, eine Republik auszurufen und sich selbst als Präsident zu proklamieren, falls der König die Offiziere unterstützen sollte.

Mexiko.

„Die wirtschaftliche Lage in Mexiko, welche durch den Boykott der Katholiken erschwert wird, ist eine kritische," erklärte der deutsche Volkswirtschaftslehrer Dr. Walter Wolff. Er teilte mit, daß eine Untersuchung der Lage in Mexiko soeben beendigt wurde und daß die Ergebnisse derselben der Universität Heidelberg unterbreitet werden sollen. Der Befund mag, wie Dr. Wolff erklärte, einen Einfluß auf die Anlage von deutschem Kapital in Mexiko haben. Dr. Wolff führte Zahlen an, aus denen hervorgeht, daß nur zwei Prozent des Landes in Mexiko kultiviert sind und daß das amerikanische Kapital die in Oelunternehmungen in Mexiko angelegten Gelder irgend eines Landes übertrifft. Er schätzt, daß die Ver. Staaten $850,000,000 in der mexikanischen Oelindustrie angelegt haben, England $200,000,000, Holland $40,000,000 und Mexiko $41,000,000. Unter Bezugnahme auf die wirtschaftliche Lage Mexikos führte Dr. Wolff aus: „Das einzige Heilmittel ist die Stabilisierung der Geschäftslage, eine Bilanzierung des Gold und Silbers durch Ausgabe von Goldzertifikaten und die Ermunterung des Geschäftes. Die Agrarpolitik erfüllt nicht das, was erwartet wurde; unwissende Indianer sind nicht fähig, ihre wenigen Acker Land ohne Werkzeuge zu bebauen. Die Petroleumgesetze sind auslandfeindlichen Charakters."

Malta.

Neun britische Kriegsschiffe, welche das gesamte dritte Geschwader der Mittelmeerflotte bilden, wurden plötzlich von ihrer Station entfernt und sind nach China unterwegs. Sie verstärken die Kreuzer Caiter, Carnsfort und Dartmouth, die vorige Woche nach China beordert wurden.

Indien.

Nach Berichten aus Bengal ertranken 170 Männer, Frauen und Kinder, als ein Schiff mit etwa 200 Passagieren in einem Sturm vor Sunderbane unterging. 26 Menschen konnten gerettet werden.

Japan.

Während einer Tischgesellschaft in der britischen Botschaft zu Ehren des Kronprinzen Gustav Adolf und der Prinzessin Louise von Schweden, als Gäste des britischen Botschafters Sir John Tillen, wurde durch ein offenes Fenster ein Messer geschleudert, welches Roger Tillen, den Sohn des Botschafters, nahe dem Herzen traf, aber durch eine goldene Zigaretten-Kapsel abgelenkt wurde. Der Angreifer entkam. Der Vorfall wird von britischer und japanischen Seite möglichst geheim gehalten. Die Begebenheit hat sich, soweit ermittelt ist, in folgender Weise zugetragen: Am Mittwoch war das brasilianische Messer des Botschafters Tillen aus seinem Wohnzimmer verschwunden. Der Empfang für das schwedische Kronprinzenpaar fand statt. Die Gäste saßen mit dem Rücken gegen ein Fenster. Roger Tillen, der nahe dem Ende der Tafel saß, bemerkte plötzlich ein Gesicht behutsam durch das Fenster spähen. Der Eindringling zog ein Messer, und in demselben Augenblick sprang der junge Tillen auf das Fenster hin. Das Messer, in der Richtung auf Prinzessin Louise und den Botschafter geschleudert, traf Roger Tillen, dessen Leben durch die goldene Zigarettenkapsel gerettet wurde. Der Täter entkam, obwohl die Botschaft von Polizisten umstellt war. Noch ist unklar, gegen wen der Angriff gerichtet war. Roger Tillen war der einzige, der den Mann gesehen hatte, und nach seiner Beschreibung trug er europäische Kleidung und war vielleicht ein Japaner. Die Polizei und die japanische Presse dagegen vermuten, daß der Angreifer ein Chinese war.

China.

Die Stadt Wuchang ist durch die Belagerung der „roten" Kanton-Armee von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Die Sorge um das Schicksal von 27 Ausländern, die dort von möglicher Hungersnot bedroht sind, ist erhöht. Unter ihnen sind 21 Amerikaner. Den Ausländern wurde die Abreise aus der Stadt verboten. Proviant steht nur für wenige Tage zur Verfügung.

Der japanischen Flottille auf dem Yangtse-Fluß wurden nach einem Bericht zwei Kanonenboote hinzugefügt. Die japanische Flotte besteht jetzt aus zwei Kreuzern, zwei Torpedoboot-Zerstörern und neun Kanonenbooten.

Der Auslandminister der kantonesischen Regierung kündigt das Ende des britenfeindlichen Boykotts an, der seit einiger Zeit im Gange war. In welchem Umfang dieser Schritt, sagt die Mitteilung, zu einer Wiederherstellung der Handelsbeziehungen führen wird, hängt von der britischen Haltung ab.

Paraguay.

Ein Orkan fügte der Stadt Encarnacion schweren Verlust an Leben und Eigentum zu. Amtliche Berichte schätzen die Totenzahl auf 200, nach anderen Quellen wird die Zahl auf 500 kommen. Nach einem Bericht sind 350 Personen verletzt. Der Sturm machte viele Familien obdachlos und notleidend.

Vom Völkerbund.

Deutschland eröffnete in Genf seine große Friedensoffensive und gab dadurch der Welt zu verstehen, daß das Reich als Mitglied des Ligarats, mit den übrigen Großmächten auf gleicher Stufe stehend, entschlossen ist, für die Länder deutschen Blutes außerhalb der Reichsgrenzen einzutreten. Der Reichsaußenminister Stresemann sprach mehrere Male für die früheren deutschen Städte Memel und Danzig. Er setzte sich besonders für die letztere Stadt ein, die sich zur Zeit in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Er verlangte dringend, der Stadt finanziell beizuspringen, um diese in den Stand zu setzen, Notstandsarbeiten im Interesse der großen Zahl der Beschäftigungslosen in Angriff nehmen zu können. Auch nahm er Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß eine Beendigung des derzeitigen Zollkriegs zwischen Deutschland und Polen dem Freistaat Danzig zu Gute kommen müßte.

Die Abrüstungs-Kommission der Ligaversammlung nahm die von Frankreich eingebrachte Entschließung an, die besagt, daß die allgemeine Abrüstungs-Konferenz, „falls schwerwiegende Umstände dieses nicht verhindern sollten, vor dem Wiederzusammentritt der Ligaversammlung im September nächsten Jahres stattfinden sollte. Ein Teil dieser von de Jouvenel eingereichten Entschließung lautet: „Unsere technischen Experten haben ihre Arbeit beendigt. Locarno ist erreicht. Deutschland gehört dem Völkerbund an, es ist Zeit, uns zu beeilen. Wir dürfen nicht, wie im Jahre 1914, einen derartig psychologischen Moment unbenützt vorübergehen lassen." Der japanische Delegat Sato erklärte: „Japan ist begierig, das Werk der vorbereitenden Abrüstungs-Kommission zu fördern und wird sich freudig an einer allgemeinen Abrüstungs-Konferenz beteiligen."

Der französische Vorschlag der baldigen Einberufung einer internationalen Wirtschafts-Konferenz wurde von der Liga-Versammlung-Kommission für technische und wirtschaftliche Fragen gutgeheißen. Die Beschickung der Konferenz soll auch Nationen, die der Liga ferne stehen, gestattet sein.

Dem internationalen Verband der Völkerbundsvereine steht es frei, wie Präsident Ninčitsch von der Ligaversammlung einer Delegation dieser Körperschaft eröffnete, sich mit gewissen schwierigen Problemen zu befassen, die der Völkerbund selbst nur nach und nach zu lösen vermag. Der erwähnten Delegation gehören auch zwei Amerikaner an, nämlich Theodore Marburg von Baltimore und Charles Bauer von New York. Dr. Ninčitsch wurde von der Delegation ein Dokument zugestellt, das die Resultate der Beratungen des kürzlich abgehaltenen Kongresses dieses Verbandes aufweist. Es finden sich hier unter anderem 24 Artikel, deren Annahme von der Liga selbst wie von dem Verband gewünscht wird, Artikel, die sich insonderheit mit dem Schutz der Minoritäten hinsichtlich Rasse, Religion und Sprache befassen.

Deutsche Zeppeline für Südamerikaflug

Zeppeline, welche auf der Werft in Friedrichshafen (Deutschland) gebaut werden, sollen ausschließlich im Luftdienst zwischen Sevilla (Spanien) und Buenos Aires (Argentinien) Verwendung finden, zu dessen Einrichtung der deutschen Gesellschaft kürzlich von Spanien die erforderliche Ermächtigung erteilt worden ist.

Es ist beabsichtigt, den Flugdienst nach Südamerika im Jahre 1929 mit dem lenkbaren Luftschiff „ZR-127" zu eröffnen. Dieses Luftschiff, welches einen Rauminhalt von 10,500 Kubikmetern und einen Flugradius von 6250 Meilen haben wird, soll nach den derzeitigen Erwartungen die Distanz zwischen Spanien und Argentinien in 4½ Tagen zurücklegen.

Die spanische Regierung hat der deutschen Gesellschaft auf fünf Jahre für den Betrieb dieser Route eine jährliche Subsidie von 30,000,000 Pesetas zugesagt.

Dr. Hugo Eckener, der bekannte Aeronaut, welcher den „ZR-3" nach den Ver. Staaten brachte, ist auserkoren, auch das erste lenkbare Luftschiff von Spanien nach Südamerika zu steuern.

— **„Es wäre eine Schande, wenn ein Deutscher für den Vertrag von Versailles einstehen würde, der auf der lügenhaften Annahme gegründet ist, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trage. Dieser Vertrag ist ein Vertrauensbruch an Deutschland und ein Verbrechen gegen die Menschheit. Er müßte sobald wie möglich revidiert oder zerrissen werden. Er ist von Uebermacht und Tyrannei diktiert worden, widerruft die Bedingungen des Waffenstillstandes und hat keinen moralischen Wert."**
J. Fowler Shone, engl. Pazifist.